

Wenn es uns gelingen würde, diese ökologischen Fragen raus aus dem Kulturkampf und rein wieder in Gerechtigkeitsdiskurse zu bringen und die Frage zu stellen, was bedeutet Klimaschutz denn? **Klimaschutz bedeutet, das Gemeinwohlinteresse eines lebenswerten Planeten für unsere Kinder und Enkel gegenüber finanzstarken Partikularinteressen durchzusetzen. So einfach ist die Kiste. Irgendwann muss man sich entscheiden, steht man auf der Seite von ExxonMobil oder auf der Seite seiner Kinder.**

Willkommen bei Voices for Future, dem Podcast für zukunftsfähiges Denken und Handeln. Mutige Stimmen, starke Haltung, echte Transformation, genau darum geht es hier. Mit unserem Omnibus, dem mobilen Podcast-Studio von Funke for Future, fahren wir zu Orten, an denen Nachhaltigkeit gestaltet wird. Wir sprechen Klartext mit Menschen, die Themen ins Rollen bringen. Denn dort, wo andere bremsen, geben wir erst Richtigkeit. Warum dieser Podcast? Weil uns etwas antreibt. Mehr Nachhaltigkeit, mehr Miteinander, mehr Zukunft. Los geht's, rein in die neue Folge.

Herzlich willkommen bei Voices for Future, dem Podcast von Funke for Future. Ich darf heute Felix Banaschak begrüßen, Co-Parteichef von Bündnis 90 Die Grünen, Mitglied im Haushaltsausschuss und einer der profiliertesten jüngeren Stimmen seiner Partei. Heute geht es mit ihm um Klimagerechtigkeit, politischen Umgang mit globaler Verantwortung, aber auch, welche Rolle wir als Medien denn in dieser Transformation spielen. Herzlichen Willkommen, Herr Banaschak.

Ja, vielen Dank. Hallo Frau Ullah.

Toll, dass Sie heute da sind. Ja, ich fange gleich mal an mit Ihrem Gastbeitrag zur Stadtbilddebatte, der vor einigen Wochen bei uns in unseren Funke-Zeitungen veröffentlicht wurde. Und das hat ja schon ganz schön Resonanz ausgelöst. Sie schreiben dort, Vielfalt und Migration sind eine Chance und Diversität ist unsere Stärke. Wie definieren Sie denn Vielfalt im politischen Alltag und wo endet denn Toleranz, wenn Werte und Regeln neu ausgehandelt werden müssen?

Dieser Beitrag hatte ja, ich würde sagen, zwei Kernaussagen. Die eine ist, es war nochmal eine Kritik an Friedrich Merz und seiner Äußerung oder an seinen Äußerungen. Es wurde ja leider mit der Zeit auch nicht besser und mir war es wichtig nochmal zu benennen, anzuerkennen, dass das, was er da sozusagen in die Welt hineingeräumt hat, bei vielen Menschen sehr verletzend, ausgrenzend, verunsichernd gewirkt hat. Viele, die sich gefragt haben, gehöre ich jetzt eigentlich noch in dieses Land, wenn mein Bundeskanzler mich einigermaßen pauschal als Problem aburteilt. Aber die zweite Botschaft war ja tatsächlich, wie schaffen wir das denn trotzdem besser miteinander in der Gesellschaft über die dahinterliegenden Fragen zu sprechen. Weil ja ganz viele

gesagt haben, so ganz fühle ich mich vom Bundeskanzler nicht gesehen oder diese Zuspitzung ist falsch, dieses Uneindeutige ist auch falsch, aber ja, da gibt es Dinge in meinem Stadtbild, in meiner Lebenswirklichkeit, in meinem Alltag, die möchte ich schon, dass sie gesehen werden und die sich dann vielleicht durch die Proteste allein, die es gegen Friedrich Merz gab, nicht gesehen gefühlt haben.

Ich habe diese doppelte Botschaft, also wie kommen wir als Gesellschaft wieder stärker zusammen, gibt es eine Möglichkeit, dass man alles sieht. Also können die, die sagen, da hat er doch irgendeinen Punkt vielleicht anerkennen, dass das für Menschen gerade große Sorgen bedeutet, wenn sie sehen, die AfD ist kurz davor, stärkste Kraft zu werden und der Bundeskanzler spricht vom Problem im Stadtbild, die man durch Abschiebungen lösen kann.

Also wer ist da eigentlich alles mit gemeint und ist umgekehrt aber vielleicht auch die der Progressive der linke Teil der Gesellschaft und damit auch Bündnis 90/ die Grünen in der Lage die massive Verunsicherung anzuerkennen, die die vielen, vielen Veränderungen in den letzten Jahren und Jahrzehnten eben auch ausgelöst haben und findet man da wieder eine gemeinsame Sprache und deswegen ja, Vielfalt ist eine Chance, so da bin ich fest von überzeugt.

Ich glaube, eine Gesellschaft, die auch sozusagen über ihre eigene Vielfalt zur Aushandlung gezwungen wird, kann dadurch klüger werden, wenn unterschiedliche Perspektiven zusammenkommen, kann da eine spannende gemeinsame Neue entstehen und umgekehrt muss man natürlich auch miteinander klar haben, wo sind einfach Regeln, die gelten, die sich aus dem Grundgesetz ableiten, die sich aus anderen Dingen ableiten und wo dann auch klar ist, eine Gesellschaft muss bestimmte Werte auch sozusagen verteidigen und für sie einstehen.

Deswegen ist es gar nicht so einfach pauschal zu beantworten.

Also wo sind da Grenzen? Natürlich, wir können sagen, die Grenzen sind da, wo das Grundgesetz sie aufzeigt. Aber das ist ja relativ banal. Es ist ja am Ende etwas, was ein gesellschaftlicher Prozess und kein rechtlicher ist.

Und so ein bisschen ein Thema, was neben dem ganzen Thema Migration, Stadtbild, so in den Hintergrund gerückt ist. Es ist ja auch das Thema Klimaschutz und Klima und Klimawandel und die Effekte daraus. Und oft werden ja politische Themen auch symbolisiert, anstatt dann wirklich mal darüber zu reden, was wirklich Sache ist. Ein Beispiel ist das Heizungsgesetz, was ja eigentlich das Gebäudeenergiegesetz ist, was dann abgesägt werden sollte. Aber wenn solche Themen lauter sind als das Recht auf saubere Luft, ist das nicht ein Symbol oder ein Zeichen dafür, dass Politik versagt hat oder auch Medien nicht den richtigen Fokus legen?

Ich glaube, Politik oder gesellschaftliche Prozesse sind ja am Ende nicht immer nur was Rationales. **Und wenn Politik glaubt oder wenn Politiker glauben, durch ein Gesetz, durch einen Haushaltsplan oder was auch immer, ist schon Politik gemacht und die gesellschaftliche, die emotionale, die kulturelle Dimension vernachlässigen, dann werden sie damit eben keinen Erfolg haben.**

Und jetzt gerade beim Gebäudeenergiegesetz, das eine ist ja sozusagen die Sachebene, was steht da in dem Gesetz eigentlich drin, da sind viele Unwahrheiten drüber erzählt worden.

Das andere ist aber was macht das, also welche Emotionen hat das ausgelöst und gesellschaftliche Verunsicherung, Inflation, Angst vor den Auswirkungen des Krieges und dann kommt auch noch der Habeck und reißt dir die Heizung aus dem Keller. Das ist ja so die Wahrnehmung gewesen.

Und die wurde auf der einen Seite ja bewusst, ich würde auch sagen propagandistisch erzeugt. Das war ja das, was die politischen Gegner wollten. Und auf der anderen Seite ja ganz offensichtlich fehlte uns die Sensibilität dafür, was das mit Menschen macht, wenn ihnen über Jahre erzählt wird, kauft euch eine Gasheizung, Gas ist super, wir subventionieren das noch, wir fördern das sogar noch. Und plötzlich ist alles anders, soll alles nicht mehr richtig sein und schneller als du gucken kannst, muss sich das verändern. Das muss man ja erstmal wahrnehmen.

Mein Gefühl ist..., Was wir zu spät verstanden haben, ist, dass es den Gegnern materieller Veränderungen, weil Klimapolitik stellt Machtfragen, Klimapolitik stellt Verteilungsfragen, Klimapolitik stellt Fragen der Besitzstandswahrung oder den Herausforderungen von Besitzständen, diese Fragen sind verwandelt worden in Kulturfragen.

Und das hat glaube ich auch etwas damit zu tun, dass eben das Milieu, das diese Klima- und Umweltbewegung in den letzten Jahren vor allem auch medial geprägt hat, halt als großstädtisch, jung, gut gebildet, gut situiert, die Wohlstandskinder, die jetzt den Leuten erzählen wollen, wie sie zu essen, zu leben, sich zu bewegen und zu denken haben. Und das ist natürlich total platt und das entspricht auch nicht den Tatsachen, aber man muss diese Dimension glaube ich verstehen, um die Abwehr zu verstehen, die sich da ergibt.

Und wenn es uns gelingen würde, diese ökologischen Fragen raus aus dem Kulturkampf und rein wieder in Gerechtigkeitsdiskurse zu bringen und die Frage zu stellen, was bedeutet Klimaschutz denn? Klimaschutz bedeutet, das Gemeinwohlinteresse eines lebenswerten Planeten für unsere Kinder und Enkel gegenüber finanzstarken Partikularinteressen durchzusetzen. So einfach ist die Kiste. Irgendwann muss man sich entscheiden, steht man auf der Seite von ExxonMobil oder auf der Seite seiner Kinder.

Und dass es trotzdem in der konkreten Gestaltung und Ausgestaltung von Klimapolitik immer auch Abwägungen braucht und dass man sich die Frage stellen muss, wie kriegt man das denn jetzt hin, dass diese Unternehmen, die bisher so viel CO2 emittieren, das demnächst weniger tun, brauchen die auch Unterstützung, brauchen die Förderung, brauchen die Planbarkeit, Planungssicherheit und so weiter. Das ist alles klar. Ich war in den letzten Jahren nicht nur im Haushalt, sondern auch im Wirtschaftsausschuss, habe da Industriepolitik gemacht. Das war mein täglich Brot dafür zu arbeiten und daran zu denken, wie man das zusammenbringen kann.

Aber es ändert ja nichts daran, dass am Ende diese Klimafragen oder ökologische Fragen am Ende sehr konkrete Gerechtigkeitsfragen sind.

Ja, man sieht es ja jetzt auch, wir zeichnen diesen Videopodcast ja auch auf, wo zeitgleich die COP30 in Belém läuft. Die junge Generation demonstriert für ihre Zukunft eigentlich, für Klimagerechtigkeit und der internationale Gerichtshof hat ja auch gesagt, eine nachhaltige Umwelt ist ein Menschenrecht. Und ich glaube, das zu verstehen, gerade in unserer mitteleuropäischen Wohlfühl-Bubble, ist, glaube ich, noch eine große Herausforderung.

Na, ich würde sagen, Verstehen ist ja das eine, Fühlen vermute ich auch noch das andere.

Und das Dilemma der Klimapolitik oder ökologischer, naja, vor allem der Klimapolitik, gar nicht ökologischer Politik generell, ist ja, dass das als Zumutung Wahrgenommene häufig sehr konkret ist. Also erstmal wird irgendwo etwas teurer, irgendwas soll man nicht mehr tun, irgendwas wird beschwerlicher. Und dann steht da das abstrakte Heilsversprechen, aber dafür wird es für deine Kinder besser. Oder dafür wird es in der Zukunft besser. Also das Freiheitsversprechen, das Wohlstandsversprechen, das Sicherheitsversprechen befindet sich abstrakt in der Zukunft, während die konkrete Maßnahme, die Veränderungsdruck erzeugt, sehr konkret wird.

Na klar, und ich glaube, das muss man einfach, also ich komme aus einer Industrieregion, Duisburg, das Ruhrgebiet.

Ich auch, Recklinghausen.

Ja, genau, und das ist einfach die Erfahrung, also Wandel ist nicht einfach nur easy peasy und Ringelpieps mit anfassen, sondern das ist Schmerz, das ist Druck, das kann funktionieren und es kann scheitern. Und es sind ja die Transformationsregionen der Vergangenheit, also Ruhrgebiet, Saarland, Bremerhaven, aber eben auch im Osten, die, also in denen die Zustimmung zu ambitioniertem Wandel vermutlich besonders unter Druck ist. Und das kann man nicht nur mit Statistiken und Argumenten beantworten, das muss man auch auf einer emotionalen, auf einer kulturellen Ebene fühlen. Also mit

so einem Verbrennungsmotor ist halt nicht nur CO₂-Schleuder verknüpft, sondern auch Kulturgut und Identität. Hier Vatterern hat geschafft bei Daimler und Vatterern sagt man nicht, da kommt jetzt gerade wieder das Ruhrgebietskind aus mir raus, aber ja, aber das muss man glauben. Ja, aber das ist ja einfach, das hat ja Regionen, Familien geprägt und deswegen muss eine Politik des Wandels, eine Transformationspolitik auch immer emotionale Anknüpfungspunkte schaffen und immer eine gemeinsame Aufbruchsgeschichte beinhalten.

Und man kann nicht einfach sagen, also das, was ihr die letzten Jahre und Jahrzehnte gemacht habt, also wenn ihr gewusst hättet, was das alles an Schaden in der Welt errichtet, dann hättet ihr es nicht gemacht. Das ist keine überzeugende Geschichte, damit gewinnt man niemanden.

Ja, ich finde, wenn man jetzt nochmal so den Blick auf die Wirtschaft lenkt und auf die ganze Nachhaltigkeitsregulatorik, da ist ja auch keine gute Geschichte erzählt worden. Stichwort Lieferkettengesetz, das muss man wegsägen. CSDD, also die europäische Lieferkettenrichtlinie wird gerade, ich will nicht sagen, zerlegt, aber doch zurechtgestutzt. Und es gibt Verbesserungen, ja, ich freue mich auch, wenn ich weniger als tausend Datenpunkte berichten muss. Es gibt aber auch Verwässerungen, wo ich dann sage, wofür machen wir es dann überhaupt noch?

Und ist da vielleicht auch nicht das richtige Narrativ gewählt worden, das Thema Nachhaltigkeitspolitik auf EU-Ebene der Wirtschaft näher zu bringen?

Also ich glaube, diese sehr enge Verschränkung von Nachhaltigkeit und Bürokratie, die ja zumindest von den Gegnern von Nachhaltigkeit aufgemacht wird, aber vermutlich auch irgendwo einen Kern hat, die ist am Ende natürlich tödlich. Also das ist ähm, und deswegen sind ja auch Initiativen zu Bürokratieabbau, die wirklich nervige, unnötige Regelungen betreffen, so richtig, damit man halt nicht in das Missverständnis gerät, dass Bürokratieabbau über den Abbau von ökologischen und sozialen Standards nur zu erreichen ist.

Aber ich frage mich zum Beispiel schon, also ja, Berichterstattung...es ist an manchen Stellen auch eine bestimmte Denkweise, die sagt, statt hart ins Ordnungsrecht zu gehen, verhängen wir einfach ganz viele Berichtspflichten. Das klingt erstmal wie der Kompromiss und am Ende nervt das in Teilen eigentlich alle. Anstatt zu sagen, bestimmte Dinge machen wir einfach nicht. Das ist schädlich, das lassen wir sein. Und wer dagegen verstößt, der zahlt eine hohe Strafe. Ich weiß nicht, ob das der Weg wäre.

Man muss ehrlicherweise sagen, der Diskurs wird ja nicht ehrlich geführt. Die, die sich jetzt gegen Berichtspflichten wehren und sagen, das müsste man alles einfacher machen, die wären ja auch nicht begeistert über jede einfachere Regelung übers Ordnungsrecht.

Vielleicht manche, manche auch nicht. Aber auf jeden Fall gibt es keine überzeugende Geschichte.

Und ich glaube, in einer Welt, die so schnelllebig ist, die so stark von Konkurrenz, von Wettbewerb geprägt ist und wo der Vergleich dann zwischen unterschiedlichen Systemen sich immer anbietet, muss man natürlich überlegen, hat man für seine Herangehensweise auch ein Narrativ im Angebot oder glaubt man einfach, einfach, dass es sich sozusagen darüber durchsetzt, dass es halt irgendwann mal Mehrheiten dafür gab, weil das was die zentrale Erfahrung, die wir ja in den letzten Wochen, Monaten gemacht haben, Mehrheiten verändern sich. Es gibt jetzt schon im Europäischen Parlament keine Mehrheiten mehr, die einen ambitionierten Green Deal überhaupt ermöglicht hätten. Also das, was wir 2019, 2021, 2022 hatten, das wäre ja heute gar nicht mehr denkbar. Das hat auch etwas mit der gesellschaftlichen Demobilisierung in der ökologischen Frage zu tun.

Und, das Beängstigende ist ja, dass sich die Europäische Volkspartei, also die Union auf europäischer Ebene, am Ende ja quasi gegen ihre eigene Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen mit den Rechtsextremen zusammengetan hat, um die zentralen Sozial- und Umweltstandards abzubügeln.

Und das ist schon ein Trip, der mir Sorgen macht, weil sich darin ja tatsächlich genau diese Allianz aus Besitzstandswahrung und Kulturkampf und autoritären Infragestellen der demokratischen Politik zusammenschließen. Und das ist dann schon sehr nah an dem, was wir in den USA gesehen haben.

Ja, mir macht das auch viele Sorgen, wenn ich das sehe, in welche Richtung das geht. Vor allem auf der einen Seite, wie Sie sagen, das geht in eine sehr bedenkliche Richtung. Auf der anderen Seite sehen wir ja schon die ersten Auswirkungen der Physik. Das Klima verändert sich und die Auswirkungen werden ja, wenn man den Meteorologen oder Wissenschaftlern Glauben schenken darf, immer krasser auf Deutsch gesagt. Und ich frage mich, wie kriegen wir Transformationen hin, auch wirtschaftliche Transformationen, Wirtschaftsaufschwung hin, wenn wir nicht in klimafreundlichere oder nachhaltigere Lösungen investieren.

Und klar ist das schwer in einer Wirtschaft, die gerade rückläufig ist, aber sehen sie nicht auch die Notwendigkeit, dass wir jetzt den Twist hinkriegen, egal von welcher Lobbyrichtung jetzt getrieben wird, dass wir in die richtige Richtung und nicht rückwärts gewandt gehen.

Na, mich müssen Sie davon ja nicht überzeugen, das ist ja, das Frustrierende ist ja...ähm, also es gibt den wirtschaftlichen Druck. Deutsche Volkswirtschaft, das deutsche Wirtschaftsmodell ist sehr grundsätzlich in Frage gestellt. Und die einfachste

Antwort auf diese Komplexität ist zu sagen, vielleicht lassen wir es mit dem Klimaschutz und dann kommen wir schon irgendwie besser durch. Und das ist natürlich, es ist nicht mal kurzfristig richtig, also selbst wenn jetzt alle Wünsche von Teilen der Industrie den Emissionshandel erstmal ein bisschen zu verschieben, länger freie Verschmutzungszertifikate zuzuteilen, die Flottengrenzwerte für die Automobilindustrie abzuschwächen und was auch immer, das löst ja kein Strukturproblem der deutschen Volkswirtschaft. Es löst nicht das Dilemma, dass eine dermaßen auf Export orientierte Volkswirtschaft, bei der wir uns über Jahre auf die Schultern geklopft haben und gesagt haben, yeah wir sind wieder Exportweltmeister, in einer veränderten geoökonomischen Lage dann besonders unter Druck gerät.

Und...Und umgekehrt, glaube ich, selbstkritisch muss man anerkennen, dass diese sehr simple Geschichte „im Klimaschutz liegt, die wirtschaftliche Zukunft“ alleine gerade auch niemanden vom Hocker haut und auch nicht überzeugt. Also da ist zwar viel dran, im Kern ist es so, der konventionell produzierte Stahl wird in 10, 15 Jahren hier keine Chance mehr haben. Ob grüner Stahl hier dauerhaft wettbewerbsfähig ist, ist noch offen. Das hängt von vielen anderen Faktoren ab, aber da gibt es zumindest die Chance. Also lohnt es sich, genau diese Chance zu ergreifen und jetzt eben auch den Weg zu forcieren und dafür zu sorgen, dass das gelingt.

Aber die konkrete Transformationsherausforderung ist halt da. Und natürlich ist das alles mit Kosten verknüpft. Und wenn die Kosten halt jetzt auch kommen und parallel zu den Schwierigkeiten, die es wirtschaftlich gibt, so da gibt es einen Zusammenhang. Eigentlich bräuchte es gerade jetzt eine Bundesregierung, vielleicht sogar gerade, wenn Bündnis 90/ die Grünen nicht beteiligt sind, die dann nicht sagt, so und jetzt machen wir wieder Rolle rückwärts und setzen wieder darauf, dass das vielleicht doch alles so weitergeht wie bisher. Was ja einfach nur bedeutet, dass der Druck auf die nächste Regierung noch größer wird, dann sozusagen umso deutlicher den Hebel wieder umzulegen.

Der Schiebebahnhof der Verantwortung.

Ja, ich meine, wenn ich jetzt nochmal auf das Gebäudeenergiegesetz gucke, die, ich sage mal, mathematische Herleitung war ja, so eine Gasheizung läuft 20, 25 Jahre. Wenn man 2045 klimaneutral sein will, dann können da nicht mehr allzu viele Gasheizungen laufen, weil so viel Negativemissionen werden wir da gar nicht haben. Also muss ja irgendwann der Punkt kommen, ja, und dann rechnet man 2045 minus 20 und dann bei 2025, wo man aufhört, neue Gasheizungen einzubauen.

Auf diese Erkenntnis hätte man theoretisch auch schon 2015 kommen können und nicht erst 2023 und wenn zu der damaligen Zeit es eine mutige und ökologisch ambitionierte Bundesregierung gegeben hätte, so wie es das beispielsweise auch in einigen europäischen Nachbarstaaten ja durchaus gab oder unabhängig von der Regierung einfach dann die Wärmewende eingeleitet wurde, dann wäre das nie mit irgendwie

Heizhammer oder Überrumpelung oder was auch immer assoziiert worden. Wenn man 2015 gesagt hätte, passt auf, ab 2025 wird es bestimmte Förderungen nicht mehr geben oder bestimmten Ordnungsrahmen nicht mehr geben. Ihr habt jetzt alle Zeit der Welt, euch darauf einzustellen, aber für den Fall, dass ihr in der nächsten Zeit eine neue Heizung einbauen wollt, unterstützen wir, wenn es eine Wärmepumpe ist.

So und dann hätte man sich den ganzen Kulturkampf sparen können und aber natürlich, also deswegen ist meine Sorge, wir machen das gleiche Spiel jetzt wieder, jetzt ist der Wind gerade ein anderer und jetzt ist Klimaschutz nicht Top 1 in den Nachwahlbefragungen, also lässt man es wieder sein und wundert sich dann 2029, komisch, irgendwie sind die ganzen Ausbauzahlen bei den Erneuerbaren runtergegangen oder verrückt, irgendwie haben wir die CO2-Emissionen in den Sektoren, in denen wir eigentlich was zu tun gehabt hätten, gar nicht reduziert. Ja, was machen wir denn jetzt? Und dann sind wir wieder an dem gleichen Punkt wie 2021.

Ja, und haben acht Jahre verloren. Wenn man jetzt so auf uns Medien schaut. Wie sehen Sie denn die Rolle der Medien heute und wie sollte sie vielleicht sein?

Mein Eindruck ist, dass die Medien, soweit man das so pauschal überhaupt sagen kann, ja auch darum ringen, wie sie diese Fragen bearbeiten.

Also eine Zeit lang sind in allen möglichen Redaktionen extra Jobs geschaffen worden für Klimaberichterstattung und neue Sendungsformate und all sowas. Der Trend ist ja gerade eher wieder in die andere Richtung.

Ich bekomme von Kolleginnen und Kollegen von Ihnen auch die Botschaft, die würden ja gerne mehr über Klimaschutz berichten, aber es liest auch gerade kaum jemand. Und ich frage mich nur umgekehrt, also wenn, ich bin medial sehr häufig in den letzten Monaten mit der Frage konfrontiert worden, „Herr Banaszak, Klimaschutz ist ja gerade gar nicht so der heiße Scheiß. Was haben die Grünen denn falsch gemacht?“ Und dann immer diese Verknüpfung, dass ja eigentlich ausschließlich Verantwortung von Bündnis 90/ die Grünen ist, die zentrale Überlebensfrage unserer Kinder irgendwie auf die Agenda zu bringen. Und wenn sie nicht auf der Agenda ist, müssen die Grünen das falsch gemacht haben, als wenn das so unser Spezialhobby wäre.

Und das ist schon ein Narrativ oder ein Ansatz, den ich sehr breit in der letzten Zeit wahrgenommen habe und wo ich mich auch zunehmend deutlich gegen wehre. Ich nehme natürlich die Verantwortung an, dass wir eine spannende und eine inhaltlich überzeugende Klimapolitik skizzieren müssen, auch lernen aus den Fehlern, die in der Ampel passiert sind und, und, und, das ist alles in Ordnung. Aber wenn man sagt, wir können leider nur übers Klima berichten, wenn die Grünen jetzt was total Verrücktes Neues machen, dann entspricht das glaube ich nicht den Realitäten.

Und meine Sorge ist, also wenn man solche sehr fundamentalen Fragen oder so sehr existenzielle Krisen so als Konjunkturthema bearbeitet. Wird man der Verantwortung auch nicht abschließend gerecht, die man auch halt als Medien hat. Und ich meine, natürlich gibt es halt diese mediale Verantwortung. Wenn man sagt, wir sind hier der Gatekeeper, Ja, wir wollen auch, dass wir das bleiben. Wir wollen auch neben dieser ganzen verrückten digitalen Welt, wo jeder Hinz und Kunz schreiben kann, was er will, auch ein bisschen steuern und ein bisschen sortieren und die Ausgewogenheit darstellen, dann gehört halt auch dazu, findet eigentlich ähm...diese nicht unerhebliche Frage für die Zukunft unserer Gesellschaft auch ausreichend Platz. Und das nehme ich gerade an vielen Stellen nicht so wahr. Das ist aber auch einfach aus meiner Perspektive zu sagen.

Für uns in der Nachhaltigkeitsbubble, will ich mal sagen, ist es gerade auch wirklich nicht einfach. Wobei ich merke, dass viele Menschen in der Bevölkerung, dass denen das Thema wichtig ist und die sind wirklich, fühlen sich manchmal abgehängt, weil es gar nicht mehr stattfindet. Ich frage mich, was kann man tun, damit diese Leute nicht sagen, ach, es findet nicht mehr statt, die kümmern sich doch eh nicht um meine Zukunft, gerade die junge Generation. Man sieht ja, die gehen für ihre Rechte auf die Straße, in anderen Ländern passiert da ganz, ganz viel.

Was kann man tun, was kann Politik tun, um diese Menschen dort abzuholen und denen auch wieder einen Glauben zu schenken, dass Politik sich kümmert?

Es braucht ja immer zwischendurch Erfolgserlebnisse und Zuversicht und Hoffnung entstehen ja nicht per Knopfdruck, sondern dadurch, dass es Anlass dazu gibt. Und ich würde zum Beispiel sagen, großartig, dass es den Leuten in Hamburg gelungen ist, diesen Zukunftsentscheid auf die Beine zu stellen und zu gewinnen. Das ist jetzt für den Senat auch mit Herausforderungen verknüpft, die will ich gar nicht kleinreden, aber... Aber erst einmal, ja fantastisch.

Also in einer Zeit, in der alle behaupten, niemand interessiert sich fürs Klima, gehen da, weiß ich nicht, 303.000 Leute ins Wahllokal oder schicken ihre Briefe ab. Also auf jeden Fall tun sie aktiv etwas, weil sie sagen, ich möchte, dass es hier vorangeht. Und wenn man sich anguckt, dass zum Beispiel auch jetzt Rob Jetten in den Niederlanden auch mit Klimaschutz in den Wahlkampf gegangen ist und ja nicht komplett, also nicht ganz erfolglos damit war, das macht schon Mut.

Aber ich glaube, die Aufgabe, die sozusagen eine grüne Partei, eine ökologische Bewegung und die ganzen Akteure haben, ist, sich zu fragen, was ist eigentlich an dem klimapolitischen Narrativ verloren gegangen oder was braucht es auch für ein Update für eine neue Zeit. Also Klimapolitik im Jahr 2025, 2026 kann man nicht mit den gleichen Erzählungen, den gleichen Slogans, den gleichen Aktionsformen machen wie 2020 in einer anderen Welt, die von anderen Dingen geprägt war. Daran arbeiten gerade viele,

daran arbeiten wir auch. Wir bei Veröffentlichung dieses Podcasts werden einen Parteitag gehabt haben, Ende November mit der Klimapolitik im Zentrum und dann wird man sehen, ob es uns gelungen ist, eine neue Mobilisierung auch zu schaffen.

Ich drücke Ihnen die Daumen dafür.

Vielen Dank.

Wenn der Podcast veröffentlicht wird, werden wir es wissen. Ja, wir sind schon fast am Ende unserer Aufnahme, Herr Banaszak. Ich habe noch zwei Fragen an Sie. Wenn Sie an das Jahr 2030 denken, was wäre ein Narrativ, was Sie dann gern in der öffentlichen Debatte etabliert sehen würden?

Also 2030 ist ja kurz quasi nach der Bundestagswahl und deswegen könnte ich jetzt auch mit einer gewissen parteipolitischen Färbung sagen.

Okay, nach vier Jahren des ökologischen Rückschritts, des Rollbacks, gab es offensichtlich wieder eine Neumobilisierung, dafür, diese Zukunftsfragen entschieden anzugehen und die Parteien, die diese Themen offensiv besetzt haben, formen die neue Regierung. So, das wäre natürlich eine schöne Situation.

Und in jedem Fall, oder was mich umtreibt, ist die Frage, schaffen wir eine Depolarisierung und eine sozusagen eine Überwindung dieser kulturellen Verhärtung, die wir in diesen Fragen haben. Also es ist schon schlimm genug, dass sich dieses Land an allen möglichen materiellen Fragen spaltet. Wer hat eigentlich welche Chance, einen Arzttermin rechtzeitig zu bekommen? Wer findet bezahlbaren Wohnraum in der Innenstadt? All das. Aber ich glaube, wir brauchen keine Spaltung der Gesellschaft an der Frage, wer was mittags sich auf das Tablett in der Kantine holt.

Und ob es Wurst oder Schnitzel oder Schnitzel heißt. Letzte Frage. Wenn Sie die Zukunft, an die Sie glauben, in einem Satz beschreiben müssten, wie würde der lauten?

Eine Welt, in der meine Tochter und alle in ihrer Generation die gleichen Freiheitsrechte, die gleichen Chancen auf Selbstbestimmung, Wohlstand erleben, den gleichen Zugang zu einer intakten Natur, wie es für mich selbstverständlich war.

Super, das ist doch ein toller Abschlusssatz. Vielen Dank, dass Sie da waren, Herr Banaschak. Ich danke Ihnen. Es hat mir sehr viel Spaß gemacht. Dankeschön.

Ebenso, danke.